



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/270 - 29.11.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Zu den Landtagswahlen in Hessen und Bayern	S. 1
Schulkonflikt in Belgien	S. 3
Die Rußlandpolitik der Westmächte	S. 5
Empörung in Berlin (Die Vorfälle im Sportpalast)	S. 7

Prestigeverlust des Kanzlers

sp - Der Bundeskanzler hat wiederholt - noch in der letzten Woche - erklärt, die Landtagswahlen in Hessen und Bayern würden beweisen, wie die Bevölkerung der Bundesrepublik zu seiner Politik stehe. Dieser Beweis ist geliefert worden. Wenn man die Zahlen der vom Sonntag für die CDU/CSU abgegebenen Stimmen mit denen der Bundestagswahl vergleicht, so ergibt sich auf der ganzen Linie ein empfindlicher Rückschlag für die Partei des Kanzlers.

Das ist keineswegs Überraschend. Der 6. September brachte der CDU/CSU eine Zufallsmehrheit, die, das haben alle in der Zwischenzeit abgehaltenen Wahlen eindrucksvoll bestätigt, dem Prozess des stetigen und unaufhaltsamen Abbröckelns unterliegt. In Nordrhein-Westfalen kehrten über eine Million früherer CDU-Wähler der Kanzlerpartei den Rücken, in Schleswig-Holstein wurde sie fast halbiert und die SPD wieder die stärkste Partei des Landes. Auch diesmal, in Bayern und in Hessen, setzte sich diese Tendenz fort, die CDU verlor in Hessen gegenüber der Bundestagswahl allein fast eine viertel Million Stimmen, in Bayern mehr als eine halbe Million; sie sank von ihrer beherrschenden Position (48%) auf 38 % ab. Die SPD erhöhte in Hessen ihren Anteil von 33 % auf 42,6 und in Bayern vermochte sie ihren Wähleranteil von 23 auf 28,1 % heraufzusetzen.

Das ist eine Entwicklung, die eine deutliche Sprache spricht. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daes die CDU im Vergleich zu den Landtagswahlen von 1950 in beiden Ländern aufholen konnte. Dieser Gewinn ging auf Kosten der Bonner Koalitionspartner. Er ist Zehren vom Gewinn des 6. September. Die Position der SPD blieb in beiden Ländern uner-

schüttert, in Hessen überschritt sie, alle anderen Parteien weit hinter sich zurücklassend, erstmalig die Millionengrenze.

Ein Charakteristikum des Wahlkampfes in den beiden Ländern war die Härte der Auseinandersetzung auch zwischen den Parteien, die heute die Bonner Koalition bilden. Natürlich betrachteten sie, die FDP und teilweise auch der BHE, die Sozialdemokratie als ihren Hauptgegner, aber gleichzeitig legten sie größten Wert auf eine Distanzierung von der CDU/CSU. Offensichtlich war dabei die Hoffnung maßgebend, durch eine solche "Absetzbewegung" von der schwindenden Vertrauensbasis der größten Regierungspartei einige Sondergewinne zu erzielen. Kein FDP-Sprecher verteidigte das Saarstatut. Die Kanzlerpolitik in der Frage der deutschen Wiedervereinigung war Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Ob diese zur Schau gestellte Opposition innerhalb der Koalition, die auf viele Wähler eine gewisse Anziehungskraft ausgeübt haben mag, auch nach diesem Sonntag beibehalten wird, werden schon die nächsten Wochen entscheiden.

In Hessen ging und geht es dem Kanzler um den Sturz der sozialdemokratischen Regierung zinn. Hier richtete er die heftigsten Angriffe gegen die Sozialdemokratie, hier erfolgte auch der größte Propaganda-Einsatz und hier wandte die CDU auch Goebbelsmethoden an. "Wer russische Uniformen tragen will, wählt Ollenhauer", hieß es auf einem CDU Wahlplakat. Die Kanzlerpartei fühlte offenbar die Schwäche ihrer Position, sonst hätte sie nicht zu solchen infamen Mitteln gegriffen. Sie war und ist in der Verteidigung. Sie weiß, ein 6. September kommt nicht mehr wieder, und sie weiß auch, dass ihre Außenpolitik, die mit der westdeutschen Wiederbewaffnung die Gefahr der dauernden Spaltung Deutschlands in sich trägt, bei den Wählern an Boden verliert.

Das Ausland brachte diesen Landtagswahlen ein ungewöhnlich lebhaftes Interesse entgegen, was sich schon durch die Entsendung von Sonderkorrespondenten nach München und Wiesbaden ausdrückte. Es wird nicht an der Tatsache vorbeisehen können, dass auch diese Wahlen wiederum das klar gemacht haben, was hier als Prozeß der Abbröckelung bezeichnet wurde. Die Politik des Kanzlers findet immer weniger Wiederhall im Volk, sie stößt auf immer härtere Ablehnung; der zweite Bundestag hat bereits aufgehört, ein Spiegelbild der politischen Kräftegruppierungen und Strömungen im Volke zu sein.

Klerikale Schuloffensive in Belgien

pt - Brüssel

Am 24. November hatten die belgischen katholischen Schulkinder einen Extrafeiertag. Der christlich-katholische Lehrerverband, unterstützt vom belgischen Christlichen Gewerkschaftsbund, veranstaltete einen Demonstrationstreik gegen die Schulpolitik des liberal-sozialistischen Kabinetts. Ihm war ein anderer Streik vorausgegangen: ein gleichfalls 24 stündiger Streik der Lehrer der öffentlichen Schulen, die dem mit der sozialistischen Partei zusammenarbeitenden Allgemeinen Gewerkschaftsbund angehören.

Diese Lehrer streikten am 18. November dagegen, dass das liberal-sozialistische Kabinett noch nicht die Rechte und Gehaltsskala wieder hergestellt hat, die eine christlichsoziale Regierung den Lehrern der öffentlichen Schulen im Jahre 1948 gestrichen hatte. Wenige Tage später drohten christlich-soziale Parlamentarier im Parlament, dass man den katholischen Eltern die Beschickung der öffentlichen Schulen kirchlich anbieten werde, wenn nicht die liberal-sozialistische Regierung den katholischen Schulen ihren bevorzugten Status belasse.

Wenn man sich ein Bild darüber machen will, was klerikale Schulziele sind, braucht man nur auf Belgien hinzuweisen. Die Vorgänge der letzten Wochen, die Lehrerstreiks und die dementsprechende Verhetzung von Eltern und Kindern, sind die traurige Erbschaft aus 30 Jahren katholischer Monopolregierung bis zum ersten Weltkrieg, die immer noch nicht beseitigt werden konnte. Nach dem ersten Weltkrieg wurde eine Schulordnung geschaffen, die beinahe jeder weltanschaulichen Richtung^{*)} eine Privatschule zu errichten und für diese denselben Zuschuss vom Staat zu verlangen, den die öffentlichen Schulen bekommen. In der Praxis bedeutete das, dass sich die bis dahin existierenden katholischen Staatsschulen in Privatschulen der Kirche verwandelten (das war umso leichter, als Grund und Gebäude meist der Kirche gehörten) und das öffentliche Schulwesen so gut wie neu aufgebaut werden mußte. Noch heute gibt es Städte und Gemeinden, in denen es nur "freie", d.h. katholische Privatschulen gibt. Und zu den Erziehungsinstituten, die als "freie" Schulen am 24. November schlossen, gehörten außer Grundschulen auch Mittelschulen, Lyzeen, Berufsschulen, Handelsschulen und

*) erlaubte

sogar die Universität Gent.

Wie sehr das öffentliche Schulwesen in Belgien in eine Verteidigungsstellung gedrängt ist, zeigen die folgenden Zahlen, die der sozialistische Erziehungsminister dem Generalrat der Sozialistischen Partei mitteilte. Nach vier Jahren christlichsozialer Regierung gab es Ende 1953 in Belgien: 4 993 staatliche und 3 752 katholische Gemeindeschulen, 284 staatliche und 499 katholische Mittelschulen, 53 staatliche "höhere" Schulen, aber 112 katholische Lyzeen, Gymnasien usw. Sogar der technischen Schulen vermochte sich der politische Klerikalismus (nicht zuletzt durch die Unterstützung christlicher Gewerkschaftsvertreter) zu bemächtigen. Es gibt nur 517 staatliche, provinzielle und kommunale Berufsschulen, Technikums usw. Dagegen aber 864 katholische Einrichtungen dieser Art.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass der katholische Klerus weitgehend durch dieses "freie" Schulwesen finanziert wird. Der Großteil der katholischen Schulen kassiert erhebliche Schulgelder, außerdem erhalten die katholischen Schulen hohe Staatszuschüsse, die unter der christlichsozialen Regierung besonders großzügig bemessen wurden. Gegenüber dem Jahre 1950 hatte die christlichsoziale Regierung die Zuschüsse um 1,4 Milliarden Franken erhöht. Für eine Reihe katholischer Orden und Organisationen bilden diese Staatszuschüsse die Existenzgrundlage und eine Quelle ständiger Bereicherung. Das ist umso mehr der Fall, als die Zuschüsse nach den normalen Gehältern des Lehrpersonals berechnet werden, die Nonnen und männlichen Ordensbrüder aber ihr Lehrergehalt oft bis auf ein Taschengeld an ihren Orden abführen müssen. Die Fälle sind nicht selten, dass eine Oberin einer in einer Schule beschäftigten Schwester sogar die Spesen für Frühstück und Mittag verweigert mit dem Hinweis darauf, dass die Schulkinder und deren Eltern dazu gebracht werden müssten, die Diener Gottes zu Tische einzuladen oder für sie ein Stullenpaket mitzuschicken.

Der neue Kultusminister hat bisher keineswegs dieses Riesengebäude des katholischen Erziehungswesens angegriffen, er hat nur verschiedene Rechte des Staates zum Schutze des öffentlichen Schulwesens und zur Kontrolle der "freien" Schulen in Anspruch genommen. Die Proteste der Lehrer der öffentlichen Schulen zeigen, dass er noch lange nicht genügend in dieser Hinsicht getan hat. Der Schulstreit ist mit den beiden Demonstrationstreiks nicht beendet. Er wird die ganze Regierungsperiode der sozialistisch-liberalen Koalition überschatten - den belgischen Kindern werden noch manche Extrafreitage blühen, denn die Geistlichkeit ist mit Unterstützung der katholischen Lehrerverbände bereit, alle Mittel einzusetzen, um die Vorrangstellung der katholischen Schulen zu wahren.

* * *

Was der Westen übersah

Aus Berlin wird uns geschrieben

Man kann nicht sagen, dass es überzeugende Argumente waren, die der Westen auftrieb, um gegen die sowjetischen Angebote zu operieren. Man kann nicht einmal sagen, dass er sich Mühe gab.

Wenn von westlicher Seite immer wieder erklärt wird, dass in der sowjetischen Europa-Politik (und damit auch in der Deutschlandpolitik) "keinerlei Veränderungen" festzustellen seien, so ist das sogar eine ziemlich billige Argumentation. Wer die Lage objektiv beurteilen will, der darf sich nicht auf die Analyse der beiden letzten sowjetischen Noten beschränken. Aber das hat der Westen getan. Er hat sich damit begnügt, vom Wortlaut dieser Noten auszugehen.

Der Westen hat es unterlassen, eine Reihe von Tatsachen zu beachten, an denen derjenige nicht vorbeigehen darf, der in einer so wichtigen Sache Entscheidungen zu treffen und Schlüsse zu ziehen hat. Zu diesen Tatsachen gehören Vorkommnisse, die geschehen sind, aber auch solche, die nicht geschehen sind. Es gehört dazu auch die Einrechnung der politischen Atmosphäre.

Der Westen hat von der Unabänderlichkeit der Moskauer Intentionen gesprochen. Um diese These zu beweisen, wurde eine Behauptung aufgestellt. Sie lautet: Der Vorschlag Moskaus zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz sei nur deshalb so kurzfristig geschehen, weil der Kreml von vornherein die Absicht gehabt habe, am 29. November mit den Satellitenstaaten allein zu sein und um dort Maßnahmen gegen die deutsche Wiederaufrüstung zu beschliessen.

Diese Argumentation stützt sich in erster Linie auf Drohungen, die in der sowjetischen Presse erschienen oder von den Machthabern in Pankow ausgesprochen sein sollen. Nun gut, aber inzwischen liegt der Wortlaut jenes Interviews vor, das Molotow der Prawda gegeben hat. Der Moskauer Außenminister erklärte darin wörtlich: "Wenn es zur Ratifizierung und Durchführung der Pariser Abkommen über die Remilitarisierung Westdeutschlands und seiner Einbeziehung in die erwähnten militaristischen Gruppierungen der westlichen Staaten kommt, wird in Europa eine neue Lage geschaffen. Die friedliebenden europäischen Länder werden dann zur Gewährleistung ihrer Sicherheit neue Maßnahmen erwägen müssen".

Dies ist gesagt worden und nichts anderes. Es sind Ausführungen, die auslegungsfähig sind. Als eine massive Drohung wird man sie schwerlich bezeichnen können.

Man kann durchaus aus diesen Äußerungen die Andeutung einer Verhandlungsbereitschaft herauslesen. Es ist ganz gewiss kein Zufall, wenn hier zunächst von der Ratifizierung und dann von der Durchführung der Pariser Abkommen gesprochen wird.

Auch das, was sich in der letzter Zeit in der sowjetischen Zone getan hat, sollte nicht außer Betracht bleiben, wenn die Gesamtsituation zu beurteilen ist. Es hätte nahe gelegen, dass die Sowjets, um ihre Stärke zu demonstrieren, besondere Massnahmen vollzogen oder wenigstens vorbereitet würden. Nichts derlei ist geschehen. Im Gegenteil: Die letzte ZK-Rede Ulbrichts, ebenso wie die Ausführungen Grotewohls, sind blanke Eingeständnisse der schlechten wirtschaftlichen Lage, die in der Zone gegeben ist. Diese Ausführungen schliessen das unausgesprochene Eingeständnis des ZK ein, dass in der Zone nicht alles in Ordnung ist, - Ablehnung des Regimes durch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere Ablehnung der Normenerhöhungen durch die Arbeiterschaft.

Es war die Rede von einem Verteidigungsministerium, das hier und dort schon als abgeschlossene Sache bezeichnet wurde. Es hätte nahe gelegen, bei der Neubildung der SED-Regierung dies Ministerium gewissermassen zwarglos einzuführen. Das ist nicht geschehen.

Es war die Rede von der Angleichung des Zonenregimes an das der Satelliten-Staaten, und zwar im Sinne einer scharfen Trennung zwischen Regierung und Partei. Es ist nichts derlei geschehen. Ulbricht ist vielmehr als Erster Sekretär der SED weiterhin Stellvertretender Ministerpräsident ohne Geschäftsbereich geblieben.

Es war die Rede von der strukturellen Eingliederung der Zone in den Ostblock. Es liegen in dieser Beziehung handfeste Prophezeiungen von westlicher Seite vor. Die Eingliederung wurde nicht vorgenommen. Die Sowjetzone ist geblieben, was sie war, eine Art außenpolitisches Vorfeld der Sowjets und die Sowjets scheinen Wert darauf zu legen, dass sie dies Vorfeld behalten.

Das alles sind nur einige jener Fakten und Symptome, die der Westen hätte berücksichtigen müssen, als er daran ging, die sowjetischen Noten zu beurteilen oder zu beantworten. Er hat es nicht getan und wahrscheinlich auch nicht gewollt! *

Neonazistische Erscheinungen

W.P. In Berlin herrscht einhellige Empörung über das Auftreten der "Deutschen Partei", das in dieser Stadt - im Gegensatz zu Westdeutschland - bisher ohne Beispiel ist. Es war ein ungeschriebenes Gesetz aller demokratischen Organisationen in dieser Stadt, die durch die gefährdete Lage Berlins gezogene Grenze der parteipolitischen Polemik zu beachten. Was sich in der letzten Zeit jedoch die DP geleistet hat; kann nur noch verglichen werden mit dem SA-Terror in den Jahren vor 1933.

Es will schon etwas heißen, wenn sämtliche Berliner Parteien bereit jetzt erklären, mit der Berliner DP nach der Wahl am 5. Dezember auf keinen Fall eine Koalition eingehen zu wollen; wenn sie sich ferner weigern, Diskussionsredner dieser Partei auf ihren Wahlveranstaltungen zu Wort kommen zu lassen und wenn sie im Abgeordnetenhaus ohne vorherige Debatte einstimmig beschließen, im gesamten Stadtbild eine eindeutige Erklärung anschlagen zu lassen, in der ab sofort schärfste Maßnahmen gegen die "an den zerstörenden Radikalismus vor 1933" und an "das Treiben der Streicher und Goebbels" erinnernden Veranstaltungen der DP angekündigt werden. In der Berliner Presse wurde sogar die Frage gestellt, ob man die DP nicht, genau wie der KP, vor das Bundesverfassungsgericht bringen und verbieten lassen sollte.

Angesichts dieser einmütigen Ablehnung rechtsradikaler Auswüchse von der Berliner Bevölkerung ist das Verhalten der Bonner DP-Bundesführung erstaunlich und zugleich kennzeichnend. Sie identifiziert sich nämlich mit dem Vorgehen ihres Berliner Landesverbandes und übernimmt dessen Argumentation, wonach es "Agenten und Provokateure" und "dienstunwürdige Polizeibeamte" gewesen wären, die für die "üblen Ausschreitungen" zur Verantwortung zu ziehen sind.

Das ist die bekannte "Haltet-den-Dieb-Methode". Sie dürfte auf die Berliner Bevölkerung kaum Eindruck machen und ist wegen der zahlreichen das Gegenteil bekundenden Zeugen nur als ein unaufrichtiger Versuch anzusehen, sich von den Vorgängen zu distanzieren, ohne von den geübten Praktiken selbst eindeutig abzurücken.

Die DP ist eine zahlenmäßig unbedeutende Partei, obwohl sie sich seit langen alle Mühe gibt, die Unterstützung aller derer zu gewinnen, die im Hitlerreich einmal eine Rolle gespielt haben. Die Berliner Vorfälle zeigen eindeutig, dass der Naziradikalismus in seinen äußeren Formen und in der Aggressivität der Sprache wieder auflebt, hier praktiziert von einer Partei, die durch Minister an der Regierung Adenauer beteiligt ist. Damit stellt sich wieder einmal die Frage, ob die Mitarbeiter dieser immer weiter nach rechts abgleitenden Partei innerhalb der Bundesregierung im Interesse der Demokratie noch verantwortet werden kann. Die Beantwortung dieser Frage ist Sache des Bundeskanzlers.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler